Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/11017

17. 06. 98

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (20. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Schmitt (Langenfeld), Dr. Uschi Eid und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/8321 –

Ablehnung einer Weltbankbeteiligung am Tschad/Kamerun Öl- und Pipelineprojekt

A. Problem

Ein internationales Firmenkonsortium, an dem drei der weltweit größten Ölkonzerne beteiligt sind, plant ein umfangreiches Erdölerschließungsprojekt im Tschad sowie den Bau einer Pipeline durch Kamerun. Das für den Export bestimmte Öl müßte durch eine 1 100 km lange Pipeline durch Kamerun bis zur Atlantikküste fließen. Dieses Projekt soll in Kooperation mit der Weltbank geplant und umgesetzt werden. Die Beteiligung der Weltbank bestünde in einem 120 Mio. US-Dollar IDA-Kredit sowie einer Beteiligung der International Finance Corporation (IFC) in Höhe von 250 Mio. US-Dollar bei Gesamtkosten in Höhe von etwa 3,5 Mrd. US-Dollar. Das Projekt wirft nach der Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN grundsätzliche Fragen über die Rolle der Weltbank, ihre Reformfähigkeit und ihre Reformbereitschaft auf. Wer dieses Projekt auf der Grundlage der Kriterien der deutschen Entwicklungszusammenarbeit beurteile (Beachtung der Menschenrechte, Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen, Rechtsstaatlichkeit, marktwirtschaftlich und sozialorientierte Wirtschaftsordnung, Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns) müsse zu einer ablehnenden Beurteilung kommen.

Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung auffordern, die Beteiligung der Weltbank inklusive ihrer Tochterorganisation IFC am Tschad/Kamerun Öl- und Pipelineprojekt abzulehnen. Insbesondere soll sichergestellt werden, daß die Weltbank IDA-Kredite nur dann gewährt, wenn sie nachweisbar der direkten Armutsbekämpfung und einer selbsttragenden nachhaltigen Entwicklung dienten.

B. Lösung

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat den Antrag (Drucksache 13/8321) mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD abgelehnt und darauf einstimmig dem aus der Beschlußempfehlung ersichtlichen gemeinsamen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. zugestimmt.

Mehrheitsentscheidung bezüglich des Antrags auf Drucksache 13/8321

C. Alternative

Annahme des Antrags auf Drucksache 13/8321.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/8321 – abzulehnen und

b) folgender Entschließung zuzustimmen:

Bei der Weltbank steht innerhalb der nächsten Monate die Entscheidung über eine Beteiligung am Tschad/Kamerun Öl- und Pipelineprojekt an, dessen Gesamtkosten auf über 3 Mrd. US-Dollar geschätzt werden. Obwohl noch nicht alle relevanten Untersuchungen und Unterlagen zusammengetragen oder ausgewertet sind, zeichnet sich bereits ein sehr schwieriges Projektumfeld ab, das sich aus ökologischen Fragestellungen, Zweifeln an der entwicklungspolitischen Orientiertheit des Projekts und der Sorge um massive Menschenrechtsverletzungen ergibt.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert,

1. ihre Zustimmung zu einer möglichen Weltbankbeteiligung nur dann zu erteilen, wenn
   - das Projekt umweltverträglich und ohne Schädigung bestehender oder geplanter deutscher und internationaler Ressourcenschutz-Projekte durchgeführt wird;
   - das Projekt zweifelsfrei einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Volkswirtschaft des Tschads und zur Bekämpfung der Armut der dortigen Bevölkerung erbringt und
   - die Menschenrechtslage eine erfolgreiche Projektdurchführung unter Beteiligung der betroffenen Bevölkerung erwarten läßt;
2. dem Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die endgültige Bewertung der Weltbank und der Bundesregierung unverzüglich zugänglich zu machen.

Bonn, den 17. Juni 1998

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Manfred Lischewski
Vorsitzender

Dr. Christian Ruck
Berichterstatter

Ingrid Becker-Inglau
Berichterstatterin

Wolfgang Schmitt (Langenfeld)
Berichterstatter

Roland Kohn
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Ingrid Becker-Inglau, Wolfgang Schmitt (Langenfeld) und Roland Kohn

I. Zum Beratungsverfahren

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 13/8321 vom 30. Juli 1997 ist dem Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom Deutschen Bundestag in seiner 213. Sitzung am 15. Januar 1998 zur alleinigen Beratung überwiesen worden.

II. Zum Inhalt der Beratungen

Der **Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat über den Antrag in seiner 76. Sitzung am 17. Juni 1998 beraten.

Die Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. haben den aus der Beschlußempfehlung ersichtlichen Entschließungsantrag vorgelegt.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, sie werde den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus verschiedenen Gründen ablehnen, z. B. wegen seiner Äußerungen zu den Aufgaben der International Development Association (IDA). Auch die Fraktion der CDU/CSU habe jedoch die eine oder andere Besorgnis. Einzelheiten dazu enthalte der von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. vorgelegte Entschließungsantrag.

Die **Fraktion der SPD** brachte zum Ausdruck, daß sie sich bei der Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Stimme enthalten und dem zusammen mit den Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. vorgelegten Entschließungsantrag zustimmen werde.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** war der Auffassung, daß von einer Weltbankbeteiligung am Tschad/Kamerun Öl- und Pipelineprojekt endgültig Abstand genommen werden solle. Weitere Studien würden nicht mehr als erforderlich angesehen. In der Region im Süden des Tschad, wo die Pipeline verlegt werden solle, habe es wegen des Projekts schon Massaker gegeben. Es sei zu willkürlichen Verhaftungen, zur Verschleppung von Menschenrechtlern und von Menschen, die sich kritisch gegenüber dem Projekt äußerten, gekommen. Die Art und Weise, wie mit dem Konflikt gegenwärtig im Tschad verfahren werde, lasse Rückschlüsse darauf zu, wie die Regierung des Tschad in Zukunft die politischen Konflikte, die in Zusammenhang mit dem Erdölprojekt auftreten könnten, zu lösen gedenke. Insofern sei die Befürchtung berechtigt, daß im Tschad ein neues Ogoni-Land geschaffen werden könne. Deshalb sei die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen das Projekt. Sie begrüße es, daß ihre grundsätzlichen Bedenken auch bei den anderen Fraktionen des Deutschen Bundestages ein Echo gefunden hätten. Die Nutzung von IDA-Mitteln für dieses Projekt hielte man für ungerechtfertigt, weil es sich vorwiegend um ein kommerziell rentables Projekt handele. Im übrigen sei die Zurverfügungstellung von IDA-Mitteln auch nicht mehr geplant. Wenn sich die Weltbank überhaupt engagiere, so sei daran gedacht, dies mit IBRD-Mitteln zu tun.

Die **Fraktion der F.D.P.** sprach sich für eine Ablehnung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus und beantragte Zustimmung zu dem Entschließungsantrag.

Die Bundesregierung machte darauf aufmerksam, daß sie in mehreren Gesprächen gegenüber der Weltbank ihre tiefe Skepsis bezüglich einer Finanzierung aus IDA-Mitteln zum Ausdruck gebracht habe. Im übrigen habe die Regierung des Tschad mit der Rebellenorganisation ein Verständigungsabkommen geschlossen. Die Bundesregierung hoffe, daß dieses eingehalten werde. Mit dem Anliegen des Entschließungsantrages identifiziere sich die Bundesregierung voll. Es entspreche aber auch verantwortungsbewußtem Handeln, alle Möglichkeiten auszuloten, damit ein Land wie der Tschad die Chance erhalte, natürliche Ressourcen zur Entwicklung des eigenen Landes zu nutzen.

Der Ausschuß hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 13/8321 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD abgelehnt.

Dem Entschließungsantrag stimmten alle Fraktionen zu.

Bonn, den 17. Juni 1998

Dr. Christian Ruck	**Ingrid Becker-Inglau**	**Wolfgang Schmitt (Langenfeld)**	**Roland Kohn**
Berichterstatter	Berichterstatterin	Berichterstatter	Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333